

Oberbürgermeister:

Oberbürgermeister Eberhard Menzel

Mitglieder SPD-Fraktion:

2. Bürgermeister Wilfrid Adam
Ausschussmitglied Ursula Aljets
Ausschussmitglied Holger Barkowsky (*fehlte entschuldigt*)
Ausschussmitglied Siegfried Neumann (*fehlte entschuldigt*)
Ausschussmitglied Norbert Schmidt

Mitglieder CDU-Fraktion:

Ausschussvorsitzende Ursula Glaser (*fehlte entschuldigt*)
Ausschussmitglied Stephan Hellwig
1. Bürgermeister Fritz Langen
Stellv. Ausschussvorsitzender Bernhard Rech
Ausschussmitglied Prof. Günter Reuter

Mitglieder FDP-Fraktion:

Ausschussmitglied Dr. Michael von Teichman
Ausschussmitglied Susanne Bauermeister
Ratsmitglied Horst Radmer
Ratsmitglied Hartmuth Sager

Mitglieder Gruppe BASU/Tholen:

Ausschussmitglied Barbara Ober-Bloibaum
Ausschussmitglied Joachim Tjaden

Mitglieder Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ausschussmitglied Werner Biehl (*fehlte entschuldigt*)
Stellv. Ausschussmitglied Erika Lach

Rat der Gemeinde Wangerland:

beratendes Mitglied Klaus Lammers (*fehlte entschuldigt*)

Dezernenten:

Erster Stadtrat Jens Stoffers
Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek
Stadtrat Dr. Jens Gaul

Von der Verwaltung:

Insa Rogel (13)
Fachbereichsleiter Arnold Preuß (13)
Tanja Harnisch (20)
Stellv. Fachbereichsleiter Stefan Kück (20)
Fachbereichsleiterin Traute von der Kammer (32)
Peter Wilken (61)

Vom Eigenbetrieb:

Betriebsleiter Hubert Rüttgers (SDW)

Protokollführung:

Protokollführer Jörg Engesser (20)

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 16.5.2011	
4	<u>Vorlagen an den Verwaltungsausschuss:</u>	
4.1	Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 83 Abs. 4 NGO durch den Verwaltungsausschuss	196/2011
5	<u>Vorlagen an den Rat:</u>	
5.1	Jahresabschluss 2010 „Städtische Datenverarbeitung Wilhelmshaven“ - Entlastung Betriebsleitung -	153/2011
5.2	Grundsanierung der Kaiser-Wilhelm-Brücke Wilhelmshaven / Anpassung des Finanzierungsrahmens	206/2011
5.3	Antrag der CDU-Fraktion auf Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Fortführung des Mehrgenerationenhauses	517/2011
5.4	Verschmelzung der "Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wilhelmshaven-Friesland mbH" mit der "WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH"	213/2011
6	<u>Mitteilungen und Anfragen:</u>	
6.1	Budget- und Produktberichte zum 30.04.2011 - Rückfragen	
6.2	Bahnübergang Metzer Weg	
6.3	Leistungsorientierte Bezahlung - Sachstand	

1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, **Herr Rech**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde wie vorgetragen festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 16.05.2011

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 16.05.2011 wurde einstimmig genehmigt.

4 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss4.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 83 Abs. 4 NGO durch den Verwaltungsausschuss **196/2011**

Der Vorsitzende, **Herr Rech**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Verwaltungsausschuss beschließt die Annahme folgender Geldspenden:

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Fa. Knorr, van-der-Smissen-Str. 4, 22767 Hamburg	1.000,00 €	Anlegen eines Gemüsebeetes für die Grundschule Mühlenweg
2. GEW	1.000,00 €	Unterstützung der Partnerschaft Bromberg Niederösterreich

5 Vorlagen an den Rat5.1 Jahresabschluss 2010 „Städtische Datenverarbeitung Wilhelmshaven“ **153/2011**
- Entlastung Betriebsleitung -

Der Vorsitzende, **Herr Rech**, trug Beschlussvorlage und Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Erster Stadtrat Stoffers erläuterte, nachdem der Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes SDW (*Städtische Datenverarbeitung Wilhelmshaven*) noch einen Überschuss von rd. 97.000 € auswies, schließe der Jahresabschluss 2010 mit einem Fehlbetrag von rd. 46.000 €. Ursächlich hierfür seien Aufwendungen aus Beratungsleistungen im Zusammenhang mit den Beschaffungen der Telekommunikationsanlage, des Dokumentenmanagementsystems und eines neuen Finanzverfahrens für die Stadtverwaltung. Der entstandene Fehlbetrag werde aus der vorhandenen Überschussrücklage aus 2009 gedeckt. Der Wirtschaftsplan für das Haushaltsjahr 2012 werde im Übrigen im Ergebnis ausgeglichen sein.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Jahresabschluss 2010 der SDW zum 31.12.2010 wird gem. Abschlussprüfung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Treuhand Oldenburg GmbH mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 45.697,77 € festgestellt. Dieser Fehlbetrag wird aus der allgemeinen Rücklage gedeckt.

Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.

5.2 Grundsanierung der Kaiser-Wilhelm-Brücke Wilhelmshaven / 206/2011
Anpassung des Finanzierungsrahmens

Der Vorsitzende, **Herr Rech**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Stadtrat Dr. Graul erläuterte kurz die Ursachen für die Kostensteigerung bei den Sanierungsmaßnahmen an der K-W-Brücke. Diese seien bereits in den zuständigen Fachausschüssen im Detail dargestellt worden. Bei der vorliegenden Beschlussvorlage ginge es nun um die notwendige Anpassung der Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Eigenbetrieb GGS (*Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven*) und der WGG (*Wilhelmshavener Grundbesitz- und Gebäude-Dienstleistungsgesellschaft mbH*).

Herr Schmidt berichtete von einer Baustellenbegehung durch den APB (*Ausschuss für Planen und Bauen*). Die Tatsachen vor Ort stellten sich ihm besorgniserregend dar. Die vorhandenen Schäden bestätigten den dringenden Handlungsbedarf zur Grundsanierung der Brücke. Da ein ähnlicher Zustand auch für den bisher noch kaum untersuchten „Südflügel“ zu erwarten sei, stellte er die Frage nach den zu erwartenden Gesamtkosten zur Instandsetzung der Brücke.

Herr Dr. Graul entgegnete, die endgültigen Beträge für die Sanierungsarbeiten würden sich erst im Laufe der Arbeiten ergeben und könnten im Vorfeld nur bedingt eingeschätzt werden. Einen endgültigen Betrag zu nennen käme zum gegenwärtigen Zeitpunkt einer Spekulation gleich. Um weitere Nachbesserungen in der Finanzierung zu vermeiden, sei aus diesem Grund in der zu beschließenden Vereinbarung ein „Puffer“ in Höhe von 300.000 € eingearbeitet, welche im Falle der Notwendigkeit somit bereitstünden.

Herr Adam hielt die Frage von Herrn Schmidt dennoch für berechtigt. Immerhin handele es sich um das einzige „vorzeigbare Kulturdenkmal“ der Stadt. Er stellte die Frage ob es nicht möglich sei, weitere Fördergelder für die Sanierung einzuwerben. **Stadtbaurat Kottek** antwortete dahin gehend, dass bereits die maximale Förderhöhe (*ca. 1 Mio. €*) bewilligt wurde. Mehr sei nicht zu erreichen.

Herr Hellwig nannte die unbedingte Weiterführung der Sanierungsarbeiten „alternativlos“. Bei der KW-Brücke handele es sich schließlich um ein über 100jähriges nationales Kulturdenkmal. Allein daher bestehe die Verpflichtung zum Erhalt. **Herr Dr. von Teichman** stimmte dieser Auffassung zu.

Oberbürgermeister Menzel stellte die rhetorische Frage, ob denn der Rat einer Grundsanierung der K-W-Brücke etwa nicht zugestimmt hätte, wenn die Höhe der Gesamtkosten von Anfang an bekannt gewesen wäre. Tatsache sei es nun einmal, dass über Jahrzehnte hinweg keinerlei fachgerechte Sanierungsarbeiten an der Brücke ausgeführt wurden und zum Teil sogar noch Kriegsschäden zu beseitigen seien. Die Finanzierung der ausstehenden Arbeiten müsste folglich nun gesichert werden.

Herr Hellwig sprach abschließend die ebenfalls notwendige Sanierung des nördlichen Leitwerks auf der Westseite der Brücke an. Hierfür sei die Stadt zwar nicht zuständig, die Sanierung sei jedoch unaufschiebbar. **Herr Tjaden** ergänzte, zuständig seien hier die Stadtwerke als Eigentümer. Diesen sei der Schaden am Leitwerk bekannt und die Instandsetzungsmaßnahmen seien bereits angeschoben. **Herr Adam** schlug vor, die Stadtwerke in Kürze einmal zu einer Sitzung des APB einzuladen, um über dieses Thema zu berichten.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven nimmt die Erhöhung der Baukosten für die Grundsanierung der Kaiser-Wilhelm-Brücke zustimmend zur Kenntnis und ermächtigt die Betriebsleitung des Eigenbetriebs „Technische Betriebe Wilhelmshaven“, den bestehenden Finanzierungsvertrag mit der Wilhelmshavener Grundbesitz- und Gebäude-Dienstleistungsgesellschaft mbH (WGG) maximal um 1.200.000 € auf 7.233.000 € zu erhöhen.

5.3 Antrag der CDU-Fraktion auf Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Fortführung des Mehrgenerationenhauses **517/2011**

Der Vorsitzende, **Herr Rech**, trug den Antrag der CDU-Fraktion vor und bat diese um nähere Ausführungen. **Herr Langen** erläuterte und begründete den Antrag seiner Fraktion. Ziel sei die Sicherung des Fortbestands des Mehrgenerationenhauses.

Herr Dr. von Teichman wies auf den Umstand hin, dass es sich bei einem Zuschuss an das Mehrgenerationenhaus um eine neue „freiwillige Aufgabe“ handle. Eine Zustimmung des Rates zum Antrag der CDU-Fraktion könne somit „Begehrlichkeiten“ bei anderen Vereinen und Institutionen wecken. Außerdem vermisse er Aussagen über den Erfolg und Nutzen des Mehrgenerationenhauses. Ohne diese könne seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen. **Frau Aljets** erinnerte daran, dass es sich hier um ein Projekt der Bundesregierung handle. Insofern verwundere sie die Haltung der FDP-Fraktion in dieser Sache. **Herr Prof. Reuter** schloss sich dieser Verwunderung an und verdeutlichte, dass der Erhalt des Mehrgenerationenhauses ohne städtische Kofinanzierung nicht möglich sei. **Herr Hellwig** ergänzte, es handle sich seiner Meinung nach um eine nur geringfügige Summe für eine gute Sache.

Herr Adam vertrat die Auffassung, das Projekt sei viel zu wichtig als dass sich der Rat hier einer Zustimmung zum vorliegenden Antrag verweigern könne. Auch habe jedes Ratsmitglied ausreichend Gelegenheit gehabt, sich über die Erfolge des Projekts zu informieren.

Erster Stadtrat Stoffers teilte mit, nach Einschätzung der Verwaltung sollte dem Antrag nicht ohne Weiteres zugestimmt werden. Es sei eine inzwischen typische Vorgehensweise von Bund und Land, derartige Projekte anzuschieben, nur um nach wenigen Jahren die Finanzverantwortung für die Projekte auf die Kommunen zu verlagern. Erschwerend komme hinzu, dass die Stadt mit dem Land vereinbart habe, keine weiteren „freiwilligen Leistungen“ zu gewähren. Auch sei tatsächlich eine „Antragsschwemme“ zu befürchten, welche die Stadt vor das Problem stelle zu entscheiden, welche Projekte künftig gefördert werden und welche nicht. Oft könne aus städtischer Sicht jedoch nur schwer beurteilt werden, welche Projekte „wirken“ und welche nicht.

Um dem Mehrgenerationenhaus entgegenzukommen, schlage die Stadt daher als Kompromiss vor, die dort für die Stadt erbrachten Leistungen (z.B. *Bereitstellung von Sitzungsräumen*) künftig durch ein angemessenes Entgelt zu vergüten. Im Gegenzug wird auf einen Zuschuss verzichtet. Die Leitung des Mehrgenerationenhauses habe sich mit diesem Vorschlag bereits ausdrücklich einverstanden erklärt.

Herr Tjaden bat die CDU-Fraktion darum, den Antrag zurückzuziehen, sofern sich das Mehrgenerationenhaus mit dem Kompromissvorschlag der Verwaltung einverstanden erkläre. Andernfalls würde seine Gruppe jedoch auch dem Antrag zustimmen. **Herr Adam** schloss sich an.

Herr Prof. Reuter verkündete für seine Fraktion, den Antrag zunächst aufrechterhalten zu wollen und für die bevorstehende Ratssitzung den Kompromissvorschlag der Verwaltung fraktionsintern zu erörtern. Gegebenenfalls werde der Antrag dann in der Ratssitzung zurückgezogen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Zur Sitzung des Verwaltungsausschusses und des Ausschusses FWM am 4.Juli 2011 sowie zur Ratssitzung am 6.Juli 2011 beantragt die CDU-Fraktion, den Tagesordnungspunkt „Finanzielle Zusage zur Erhaltung des Mehrgenerationenhauses“ aufzunehmen.

5.4 Verschmelzung der "Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wilhelmshaven - Friesland mbH" mit der "WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH" **213/2011**

Der Vorsitzende, **Herr Rech**, trug Beschlussvorlage und Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Erster Stadtrat Stoffers erinnerte an den Beschluss des Rates (im Zusammenhang mit dem Haushaltssicherungskonzept zum Haushalt 2011) über die „Auflösung“ der „WiFöG mbH“ (*Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wilhelmshaven-Friesland mbH*). Der operative Geschäftsbetrieb der Gesellschaft sei ohnehin bereits seit einiger Zeit eingestellt.

Um eine negative Außenwirkung zu verhindern, schlage die Verwaltung nun vor, auf eine Liquidation der Gesellschaft zu verzichten und diese stattdessen auf die „WFG mbH“ (*WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH*) zu verschmelzen. Hierzu sei nun vorab der Erwerb der Gesellschaftsanteile des Landkreises Friesland erforderlich. Die hierfür notwendigen Beschlüsse seitens des Landkreises seien bereits gefasst. Als Resultat entstehe aus der WiFöG zunächst eine Eigengesellschaft der Stadt Wilhelmshaven, welche in einem zweiten Schritt auf die WFG verschmolzen werde. Im Ergebnis sei die WiFöG eliminiert, ihr Vermögen gehe auf die WFG über.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Verschmelzung der „Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wilhelmshaven-Friesland mbH“ (WiFöG) auf die „WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH“ (WFG) im Wege der Verschmelzung durch Aufnahme im Sinne des Umwandlungsgesetzes zu.

6 Mitteilungen und Anfragen6.1 Budget- und Produktberichte zum 30.04.2011 - Rückfragen

Erster Stadtrat Stoffers führte zum Stand der Haushaltsausführung 2011 zum Stichtag 30.04.2011 aus und verwies dabei auf die im Vorfeld an die Mitglieder des FWM verteilten Budget- und Produktberichte. Eine Übersicht über die Entwicklung in den einzelnen Teilhaushalten finde sich im ebenfalls im Vorfeld verteilten „Haushaltsbericht“ (siehe Anlage zu Protokoll).

Insgesamt werde gegenüber der Haushaltsplanung 2011 eine Verbesserung zum Jahresabschluss in Höhe von ca. 2,4 Mio. € prognostiziert. Trotz dieser Verbesserung sei man von einem Haushaltsausgleich noch weit entfernt und es müssten weiterhin Anstrengungen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung unternommen werden. Er kündigte daher eine Fortführung des Haushalts-sicherungskonzeptes (HSK) für die Sitzung des Rates im Oktober 2011 an.

Weiterhin informierte **Herr Stoffers** zur Entwicklung der Liquiditätskredite. Es sei hier zu erwarten, dass der für das Haushaltsjahr 2011 von der Kommunalaufsicht genehmigte Liquiditätskreditrahmen in Höhe von 70 Mio. € voraussichtlich auskömmlich sei. Für 2012 laufe die Verwaltung jedoch bereits im Januar / Februar Gefahr, diesen Rahmen zu überschreiten. Es sei daher unbedingt notwendig, bei der Kommunalaufsicht die Genehmigung für eine Ausweitung des Liquiditätskreditrahmens auf 85 Mio. € zu erreichen. Hierfür sei neben der Fortführung des HSK auch ein Bericht über die Umsetzung der bisher beschlossenen Maßnahmen erforderlich („*Haushaltssicherungsbericht*“). Dieser werde derzeit durch die Verwaltung mit Stand zum Stichtag 30.06.2011 vorbereitet und ebenfalls in der Sitzung des Rates im Oktober zur Beschlussfassung vorgelegt.

Anschließend stellte **Herr Dr. von Teichman** hinsichtlich des Budgetberichts zum Teilhaushalt 14 (*Rechnungsprüfung*) die Frage zum Sachstand der ausstehenden Jahresabschlüsse der Kernverwaltung. **Herr Stoffers** sagte eine Beantwortung zu Protokoll zu.

Zu Protokoll:

Nach Auskunft des Rechnungsprüfungsamtes (RPA) kann die Prüfung des Jahresabschlusses 2007 kurzfristig abgeschlossen werden, wenn die angeforderten Unterlagen zeitnah vorgelegt werden. Der Beschluss des Jahresabschlusses erfolgt voraussichtlich in der Sitzung des Rates im September bzw. Oktober 2011.

Nach Auskunft der Kämmerei liegen dem Rechnungsprüfungsamt mit Stand 14.07.2011 lediglich einzelne Unterlagen hinsichtlich einiger weniger Stichproben zu den Forderungen und Verbindlichkeiten noch nicht vor. Die zuständigen Fachbereiche sind informiert, die Unterlagen werden von dort aus kurzfristig an das RPA gegeben.

Desweiteren liegt auch der Jahresabschluss 2008 grds. bereits vor. Hier müssen jedoch noch Änderungen aus der Prüfung des Jahresabschlusses 2007 eingepflegt werden, bevor die Unterlagen zur Prüfung an das RPA gegeben werden können. Für das Jahr 2009 sind die notwendigen Jahresabschlussbuchungen größtenteils erfolgt, der Abschluss kann nach der Überarbeitung der Jahresabschlüsse 2007 und 2008 erstellt werden. Der Jahresabschluss 2010 befindet sich derzeit in Vorbereitung.

Zur weiteren Frage von **Herrn Dr. von Teichman** zum Budgetbericht zum Teilhaushalt 61 (*Stadtplanung- und Erneuerung*) hinsichtlich der momentanen Stellenbesetzung sagte **Stadtbaurat Kottek** ebenfalls eine Beantwortung zu Protokoll zu.

Zu Protokoll:

Nach Auskunft des Fachbereiches 61 (Stadtplanung und Stadterneuerung) handelt es sich bei der derzeitigen Stellenüberdeckung um 5 Stellen um in der Abteilung „Statistik und Wahlen“ zusätzlich eingesetztes Verwaltungspersonal für den „Zensus 2011“ sowie für die bevorstehenden Wahlen (Kommunal- und OB-Wahl).

Zur Frage von **Herrn Dr. von Teichman** zum Produktbericht zum Teilhaushalt „Konzern Stadt“ hinsichtlich des Produktes 57.10.01 (*„Wirtschaftsförderungsgesellschaft“*) sagte **Herr Stoffers** ebenfalls eine Beantwortung zu Protokoll zu.

Zu Protokoll:

Nach Auskunft des Beteiligungsmanagements wurden in dem Bericht zum Produkt 57.10.01 („Wirtschaftsförderungsgesellschaft“*) noch nicht die Haushaltsreste aus Vorjahren in Höhe von 125.500 € berücksichtigt, da diese erst nach dem Berichtsstichtag 30.04.2011 gebildet wurden. Das Produkt wird lt. Prognose der Produktverantwortlichen die haushaltsrechtliche Ermächtigung nicht überschreiten.*

Die weiteren Fragen von **Herrn Dr. von Teichman** wurden von **Herrn Menzel** (zum Teilhaushalt „Referat 03“), von **Herrn Stoffers** (zum Teilhaushalt 10 „Zentrale Dienste“) sowie von **Frau von der Kammer** (zum Teilhaushalt 32 „Bürgerangelegenheiten, Öffentliche Sicherheit und Ordnung“) beantwortet.

6.2 Bahnübergang Metzger Weg

Herr Rech sprach den Zustand am Bahnübergang „Metzger Weg“ an und bat die Verwaltung um Lösung dieser Problematik.

Oberbürgermeister Menzel führte aus, der Zustand sei hinlänglich bekannt und bereits an den Eigentümer (*Deutsche Bahn AG*) herangetragen worden. Im Zuge dessen sei u.a. die Aufreinigung des gesamten Bereiches durch die Stadt angeboten worden. Da es sich bei den Gleisanlagen jedoch um einen sicherheitstechnischen Bereich handele, konnte dem Vorschlag seitens der Bahn leider nicht entsprochen werden. Das gleiche gelte im Übrigen auch für die Anlagen der Bahn im Hauptbahnhof Wilhelmshaven. Die Verwaltung bemühe sich weiterhin um eine Lösung.

6.3 Leistungsorientierte Bezahlung - Sachstand

Herr Dr. von Teichman bat um Information zum Sachstand der im Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TvöD) verankerten „leistungsorientierten Bezahlung“ (LoB).

Erster Stadtrat Stoffers beantwortete die Frage dahingehend, dass es zur „LoB“ bei der Stadt Wilhelmshaven keinen neuen Sachstand gebe. Nach wie vor plädiere der städtische Personalrat für eine Auskehrung der entsprechenden Beträge nach

dem sog. „Gießkannenprinzip“ („*Auszahlung nach Köpfen*“). Die Verwaltung sei hier jedoch anderer Meinung und habe daher die für die „LoB“ vorgesehenen Beträge bisher nicht ausgezahlt.

Anmerkung zu Protokoll:

Der Fachbereich Zentrale Dienste (10) hat für die entsprechenden Beträge bilanzielle Rückstellungen gebildet.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 15:55 Uhr

Stoffers
Erster Stadtrat

Rech
Vorsitzender

Engesser
Protokollführer